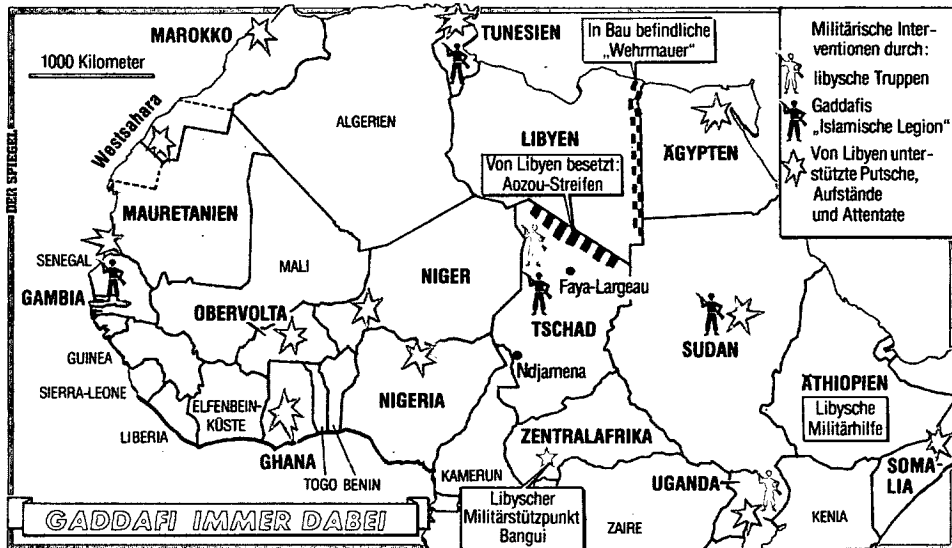




Kriegsherr Gaddafi: „Wir haben Befehl gegeben, jede amerikanische Maschine abzuschießen“

„Er ist ein Rabauke, aber auch ein Hasenfuß“

Durch offene Intervention, Entsendung von Hilfstruppen oder Putschversuche hat Libyens Staatschef Gaddafi den meisten Staaten zwischen Sahara und Äquator

zu schaffen gemacht. Sein erneuter Griff nach dem Wüstenstaat Tschad trifft auf den Widerstand der USA und Frankreichs, das 500 Soldaten in Marsch setzte.

Es war zur Stunde der Diebe, als die 30 Soldaten der ehemaligen afrikanischen Großmacht Frankreich den Schari-Fluß überquerten. Gegen vier Uhr früh gingen sie südlich der Tschad-Hauptstadt N'djamena an Land. Die Stadt schlief. Der Kommandant war zufrieden: weit und breit kein Journalist, kein Photograph. Der Beginn eines neuen Kapitels der französischen Afrika-Politik vollzog sich ohne Aufsehen.

Bei aller Geheimnistuerei aber war nicht zu verschleiern: Die sozialistische Regierung in Paris, vor gut zwei Jahren mit dem Versprechen angetreten, mit der „interventionistischen Politik“ des konservativen Präsidenten Giscard zu brechen, traf Anstalten, mit Waffengewalt in eine ferne Krise einzugreifen.

Bis zum Wochenende waren rund 500 Mann vom 3. und 8. Fallschirmjäger-Regiment der französischen Marine-Infanterie im Tschad gelandet – angeblich, um tschadische Soldaten auszubilden, in Wahrheit eher, um mitzukämpfen, wenn es für Präsident Hissain Habre um die politische Existenz geht. Drei Jahre nachdem Giscard d'Estaing die französischen Truppen vom Tschad-See abgezogen hatte, war Frankreich erneut, was es nach den Worten des Giscard-Nachfolgers François Mitterrand nie wieder werden wollte: „der Oberpolizist von Afrika“.

Diesmal ging es nicht nur – wie in der langen Geschichte französischer Kolo-

nialkriege – gegen rebellische Stammes-krieger. Diesmal riskierte Paris den bewaffneten Konflikt mit der libyschen Volksdschamahiria, die seit Jahren den zentralafrikanischen Krisenherd anheizt.

Denn die Invasionsarmee, die letzten Donnerstag – zum zweitenmal innerhalb von knapp zwei Monaten – die 800 Kilometer von der Hauptstadt entfernte Provinzstadt Faya-Largeau eroberte, operierte unter dem Feuerschutz der libyschen Luftwaffe.

Zum Sturm auf Faya-Largeau waren auch reguläre libysche Verbände mit modernen sowjetischen Panzern angetreten: Der „Krieg der Häuptlinge“, wie Mitterrands Außenminister Claude Cheysson den Konflikt zwischen Habre und seinem Vorgänger Gukuni Weddei noch unlängst abschätzig nannte, schien im 18. Jahr weltpolitische Dimension zu gewinnen. Der Tschad, ein fast menschenleeres Riesenland – 4,4 Millionen Einwohner, fünfmal so groß wie die Bundesrepublik –, das nicht mal von den Strömen des Welttourismus berührt wird, war drauf und dran, zum Krisenherd erster Ordnung zu werden – als ob er bei Nicaragua und nicht mitten in Afrika läge.

Denn während die Franzosen sich zum Eingreifen rüsteten, wurde auch die westliche Supermacht mobil: US-Präsident Ronald Reagan schickte zwei seiner superteuren Spähflugzeuge vom Typ

Awacs unter Jägergeleitschutz in den Sudan.

Frankreichs Mittelrand hatte zunächst eine Waffen-Luftbrücke nach N'djamena eingerichtet, als Faya-Largeau im Juni zum erstenmal gefallen war. Da Habre sich über die halbherzige Unterstützung der Franzosen beschwerte, spendierte Washington Waffen im Wert von 25 Millionen Dollar.

Als dann ermunterten die USA die befreundete Chaoten-Republik Zaïre, rund 1500 Soldaten in den Tschad zu schicken. Staatschef Mobutu Sese Seko, den Vereinigten Staaten verpflichtet, kam dem Verlangen umgehend nach.

Doch der Beitrag der Zaïre-Soldaten zum Entsatz des bedrängten Tschad-Regimes blieb vorwiegend symbolisch. Deshalb drängte Washington die Franzosen, sich stärker zu engagieren. „Der Tschad“, sagte Ronald Reagan, „gehört nicht zu unserer primären Einflusssphäre, sondern zu der Frankreichs.“ Franzosen und Amerikaner müßten – bei allem, was sie sonst trenne – diesmal an einem Strang ziehen.

Weil im Pariser Elysée-Palast die Botschaft aus dem Weißen Haus nicht so gleich gehört wurde, setzten die Amerikaner den in Paris und Washington gleichermaßen wohlgeleiteten frankophilen Staatschef des Senegal, Abdou Diouf, auf die Franzosen an. Diouf sollte dem engagierten Drittwelt-Freund Mitter-

rand deutlich machen, daß seine französische Intervention im Tschad mit breiter Zustimmung der Schwarzafrikaner rechnen könne.

Vorigen Donnerstag landete auch noch Zaires Mobutu in Paris, um den Franzosen noch einmal darzulegen, was sie schon längst wußten: daß „der Tschad das Opfer einer libyschen Aggression geworden“ sei, das man „nicht im Stich lassen“ dürfte. 500 Mann, meint auch Mobutu, reichten nicht aus, um die Libyer zu stoppen.

Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi stritt zwar rundheraus ab, daß seine Streitkräfte an der Schlacht um Faya-Largeau beteiligt gewesen seien, aber auf Satellitenphotos waren deutlich die Panzer- und Lkw-Kolonnen mit arabischen Schriftzeichen zu erkennen, die sich von den beiden libyschen Garnisonen El-Dschauf und El-Katrun aus auf Faya-Largeau zubewegten.

Gefangene sagten aus, die Hälfte der Angreifer habe aus Einheiten der „Islamischen Legion“ bestanden, einer Art Fremdenlegion, die Gaddafi zur „Befreiung der Dritten Welt“ gegründet hat. Anfang vergangener Woche präsentierte das Habre-Regime in Ndjamenas einen abgeschossenen libyschen Fliegermajor, der zugab, auch Napalm-Angriffe gegen Faya-Largeau geflogen zu haben.

Gaddafi wütete über den „unverschämten imperialistischen Überfall“ – doch die Franzosen haben Kredit. Ihnen nehmen die Afrikaner imperiales Verhalten weit weniger übel als etwa den USA. Wichtig noch: In Afrika hat

Gaddafi sogar unter antiwestlichen Machthabern kaum noch Freunde. Seine politischen Extravaganzen haben den „kopflösen Irrläufer“ (so Marokkos König Hassan über Gaddafi) in die Isolation getrieben.

Das zeigte sich beispielsweise auf den Gipfelkonferenzen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Tripolis und Addis Abeba, auf denen Gaddafi beide Male als Kandidat für das Präsidentenamt durchfiel. Das zeigte sich auch nach dem Einmarsch libyscher Truppen nach Ndjamenas im Dezember 1980, den mehrere afrikanische Staaten mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Libyen beantworteten.

Die Empörung über die Vereinnahmung des durch jahrelangen Bürgerkrieg geschwächten Nachbarlandes war damals zwischen Sahara und Sambesi nahezu einhellig. Die senegalesische Tageszeitung „Le Soleil“ rief dazu auf, „dem libyschen Imperialismus eine Abwehrfront entgegenzusetzen“. Und selbst die linke Regierung der Volksrepublik Benin geißelte die „libysche Sklavenhändler-Einstellung“.

Die Afrikaner haben guten Grund, Gaddafi zu fürchten. Zwischen Mittelmeer und Äquator gibt es nur wenige Länder, in denen er nicht schon mal versucht hätte, ein Regime zu stürzen oder eine Rebellion zu entfachen (siehe Karte Seite 90). Ein übergreifendes Konzept aber war – abgesehen von seinem religiös-revolutionären Messianismus – nicht zu erkennen. Gaddafi half Republikanern gegen Monarchisten (in Marok-

ko), Moslems gegen Christen (in Gambia), Arabern gegen Araber (im Sudan), Atheisten gegen Moslems (in Äthiopien) und dem Gewaltherrscher Idi Amin von Uganda gegen die Invasionstruppen Tansanias.

Wirkliche Erfolge hat Gaddafi dabei selten erzielt. Das Uganda-Abenteuer endete für schätzungsweise tausend Mann seiner Armee in tansanischer Gefangenschaft. Von rund einem Dutzend Mordanschlägen und einem halben Dutzend Putschversuchen gegen den sudanesischen Präsidenten Numeiri gelang kein einziger. Ägyptens Staatschef Anwar el-Sadat wurde nicht von libysch inspirierten Verschwörern umgebracht, die Gaddafi nach Sadats eigener Bekundung reihenweise auf ihn angesetzt hatte, sondern von fanatischen ägyptischen Moslems.

Erst in den letzten zwei, drei Jahren lassen Gaddafis Rankünen eine Hauptstoßrichtung erkennen: Im Zentrum seines revolutionären Aktionismus scheint die Vision von „Vereinigten Staaten von Nordafrika“ zu stehen.

Das Konzept orientiert sich an der „Dreikreis-Theorie“, die Gaddafis Idol, der große Gamal Abd el-Nasser, einst erdachte und das vom „Historischen Forschungszentrum“ in Gaddafis Hauptstadt Tripolis weiterentwickelt wurde. Die drei Kreise stehen für Arabismus, Panislamismus und Panafrikanismus. Sie umfassen fast ganz Nordafrika und den größten Teil der Sahara-Randstaaten zwischen Dakar und Djibouti.

Das Denkmodell enthält etliche Ungeheimheiten. Es läßt etwa die Frage nach der Rolle Algeriens offen, dem Libyen zwar freundschaftlich verbunden ist, das Gaddafi gleichwohl teilweise für sein Großreich verplant hat.

Daß Gaddafis undurchsichtiges Gedankengebäude durchaus realpolitische Bedeutung gewinnen kann, zeigte sich nach der Besetzung Ndjamenas Ende 1980, als er plötzlich bekanntgab, die „Brudervölker“ des Tschad und Libyens hätten sich entschlossen, ihre Staaten miteinander zu vereinen. Frühere Vereinigungsprojekte dieser Art – mit Ägypten, Syrien, Tunesien – waren letzten Endes stets Phantasmagorien geblieben. Diesmal aber standen libysche Truppen in dem fremden Land.

Der Libyer ließ seine Beute nach einem



Französische Fallschirmjäger vorm Abflug nach Ndjamenas: „Oberpolizist von Afrika“

Jahr wieder los, um die Antipathie bei den Afrikanern abzubauen, die ihm den Weg zur OAU-Präsidentschaft versperrte.

Auch weitab von den eigenen Grenzen ist Gaddafi tätig geworden. Der Putschist Jerry Rawlings, der zu Silvester 1981 in Ghana die Macht an sich riß, bekannte offen, er habe sich vor dem Umsturz mit Gaddafi beraten.

Und Ende vorletzter Woche übernahm in Obervolta Hauptmann Thomas Sankara die Macht, ein Freund von Jerry Rawlings. Er erklärte, daß Oberst Gaddafi, den er mehrmals in Tripolis besucht hatte, als Mensch, Politiker und Revolutionär einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht habe. Sankara: „Man kann viel von ihm lernen.“

Der nächste Stoß aus Libyen wird – wieder mal – im Sudan erwartet. Gaddafi-Kenner in Kairo glauben, daß der Libyer den Tschad lediglich als Operationsbasis für den Rachefeldzug gegen seinen Feind Numeiri benutzen will. Ägyptens Präsident Husni Mubarak hat deshalb letzte Woche erneut bekräftigt, er werde einen Angriff auf den Sudan als einen Angriff gegen Ägypten werten.

Während in der sudanesischen Hauptstadt Khartum die beiden amerikanischen „Awacs“-Aufklärer eintrafen, die Gaddafis Kriegsschauplätze aus großer Höhe betrachten sollen, liefen in der nubischen Wüste gemeinsame Manöver der ägyptischen, sudanesischen, omanischen und somalischen Streitkräfte mit Einheiten der US-Army an, ging im Mittelmeer auf der Höhe von Tripolis der amerikanische Flugzeugträger „Eisenhower“ in Stellung.

Gaddafis Außenminister Abdul Ati Al-Ubeidi erklärte auf die SPIEGEL-Frage, ob seine Regierung tatsächlich den Befehl gegeben habe, die amerikanischen „Awacs“-Maschinen abzuschießen: „Ja, das ist richtig. Wir haben den klaren Befehl an unsere Luftwaffe gegeben, jede amerikanische Maschine abzuschießen, die in unseren Luftraum eindringt. Denn wir betrachten die USA als Aggressor.“

„Gaddafi“, zitierte jedoch die „Washington Post“ einen Topbeamten aus dem State Department, „ist ein Rabauke, aber auch ein Hasenfuß“ – auch ein Eingeständnis, daß Gaddafi bei allem Irrationalismus in Washington doch auch als Staatsmann eingeschätzt wird, der gefährliche Abenteuer rechtzeitig beenden kann.

Die Bestätigung für diese These kam Donnerstag aus Tripolis. Der „Bruder Oberst“, so meldete die staatliche libysche Presseagentur „Janaa“, wolle Frieden für den Tschad. Alle Beteiligten sollten sich nun zusammensetzen und über den Frieden nachdenken. Und Gaddafi sei auch einverstanden, wenn die französische Regierung dabei eine führende Rolle spiele.

MITTELAMERIKA

Gewehre und Bohnen

Militärs gegen Militärs – In Guatemala verjagte der ultrarechte General Mejía Victores den religiösen Fanatiker Ríos Montt.

Zehn Umsturzversuche hatte der Brigadegeneral Efraín Ríos Montt, 57, in den 502 Tagen seiner Regierungszeit als Präsident von Guatemala unbeschadet überstanden. Erst beim elften Versuch, am 8. August, gelang der Coup. Sein eigener Verteidigungsminister



Diktator Ríos Montt, Gast*
„Ein neues Jerusalem“

Humberto Mejía Victores, ebenfalls Brigadegeneral, übernahm in einem beinahe unblutigen Staatsstreich die Macht in dem mittelamerikanischen Staat.

Da in Mittelamerika nichts ohne Nachhilfe oder Wissen Washingtons passiert, mutmaßte in Nicaragua Junta-Chef Daniel Ortega: „Der Sturz von Ríos Montt könnte durchaus mit den Militärmanövern der amerikanischen Kriegsschiffe in Mittelamerika zusammenhängen.“

* Papst Johannes Paul II. am 6. März in Guatemala.

John Hughes, der Sprecher des US-Außenministeriums, bot eine durchaus Oscar-reife Leistung, als er versicherte, man sei von dem Putsch völlig überrascht worden, und Ortegass Vorwürfe als „lächerlich“ zurückwies.

Doch ganz so ahnungslos, wie die USA glauben machen wollen, war Washington wohl nicht. Die US-Botschaft in Guatemala-Stadt wußte schon zehn Tage vorher von Putschvorbereitungen. Vor zwei Wochen wurde der für den 6. August geplante Abzug des Flugzeugträgers „Ranger“ vor Nicaraguas Pazifikküste verschoben: Einige mittelamerikanische Politiker wollten das Schiff besichtigen, hieß es offiziell.

Am Samstag, 48 Stunden vor dem Putsch, traf, wie honduranische Zeitungen berichteten und ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA inzwischen auch bestätigte, Mejía Victores ausgerechnet auf der „Ranger“ mit General Paul Gorman, dem Chef des US-Kommandos Süd in Panama, und honduranischen Offizieren zusammen.

Am Sonntag konferierte der Putschist noch einmal – diesmal in der Honduras-Hauptstadt Tegucigalpa – mit den wichtigsten Offizieren der Region: Frederick Woerner, Chef der US-Truppen in Panama, dem honduranischen Militärführer Gustavo Alvarez und El Salvadors Verteidigungsminister Vides Casanova.

Am Putschtag wurde bei einem kurzen Gefecht am Nationalpalast im Zentrum der Hauptstadt auch der stellvertretende Militärattaché der US-Botschaft, Major William Mercado, gesehen – hinter eine Säule geduckt und ausgerüstet mit einem Funksprechgerät. Mercado habe nur nachschauen wollen, was dort los war, erklärte später Hughes: „Er hat den Coup nicht geführt.“

Ríos Montt stürzte schnell – angesichts der Tatsache, daß er putscherfahren ist. Im März 1982 hatte der religiöse Sektierer und Präsident den Militärdiktator Romeo Lucas García aus dem Amt gejagt, um aus Guatemala „ein neues Jerusalem“ zu machen. Der „Wiedergeborene und von Gott Gesandte“ (Montt über Montt) baute in den 16 Monaten seiner Regierungszeit jedoch kein „neues Jerusalem“ auf, sondern eine Schreckensherrschaft, die auch nach mittelamerikanischen Maßstäben ungewöhnlich war.

Vier Jahre zuvor hatte sich der General der „Kirche des Wortes“ angeschlossen, einer von über 200 Sekten, die nach dem verheerenden Erdbeben im Jahre 1976 (22 000 Tote) verstärkt ins Land